

Homosexuelle

Rosa Stachel

Als erste Landesregierung gründet Berlins rot-grüner Senat ein „Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“.

Berlins Lesben- und Schwulen-Avantgarde bejubelte einen Ehren-gast: Die alternative Frauen-senatorin Anne Klein, 39, entbot den „lieben Freundinnen und Freunden“ die Grüße des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper (SPD).

Das schräg kostümierte Publikum hatte sich zum Homosexuellen-Festtag „Christopher Street Day“, benannt nach einer Kneipenstraße in New Yorks Schicki-Viertel Greenwich Village, versammelt. Ein Politiker der Alternativen Liste (AL) staunte über den ungehemmten Beifall für die Kollegin: „Die hätte genausogut aus dem Telefonbuch vorlesen können.“

Den Applaus aus der Szene heimst Mompers oberste Frauen-Frau ein, weil ihr Ressort die Interessen der rund 150 000 Berliner Gay People beiderlei Geschlechts künftig „innerhalb einer ordentlichen Berliner Verwaltung“ absichern will: Der rot-grüne Senat richtet ein Lesben- und Schwulenreferat ein.

Dadurch soll die „schamhafte Befassung der Verwaltungen mit Problemgruppen“ (AL) beendet werden, die selbst in der Subkultur-Metropole Berlin mitunter groteske Blüten trieb: So versagte die verflossene christliberale Administration Staatsmittel für Lesbenprojekte wegen „latenter Gefahr für die Sittlichkeit“; und der Landessportbund bestritt dem „Schwulen Sportverein Vorpil“ die Förderungswürdigkeit wegen des „plakativ aggressiven“ Namens.

Der Plan, eine „lila-rosa Behörde“ (*Tageszeitung*) zu installieren, war mehr zufällig ins Programm der Momper-Regierung gerutscht. Unterhändler der AL schmuggelten die Forderung ins Koalitionspapier – als Fußnote: „Außerdem (wird) ein Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen eingerichtet.“

Ehrgeizige Ziele sind schon formuliert. Das mit fünf Stellen und 272 000 Mark pro Jahr ausgestattete Mini-Amt soll etwa Rechtsvorschriften von Bestimmungen befreien, die Homosexuelle benachteiligen – etwa bei der Übernahme von Pflegekindern oder dem Bezug von Wohnberechtigungsscheinen – und ein „Anti-Diskriminierungsgesetz“ vorbe-reiten.

Das kunterbunte Ressort könne, meint der AL-Abgeordnete Albert Eckert, „die VorreiterInnenrolle für rot-grüne Lebensweisen“ übernehmen. Einen „rosa Stachel in die Exekutive“ set-

zen will Fraktionskollege Dieter Telge, der sich wie Eckert als „offen schwul“ deklariert. Er ist im Abgeordnetenhaus auch schon mal im Fummel unterwegs, um bei den teils verstocket reagierenden Parlamentskollegen („Rote Tunte!“) „Lernerfolge“ zu stiften.

Das Referat, das im November mit der Arbeit beginnen soll, verschafft dem Klein-Ressort nicht zum ersten Mal Schlagzeilen. Die Senatsverwaltung für Jugend und Familie, um den Bereich Frauen aufgestockt, wurde von der AL beansprucht und, nach langen Personalquerelen, mit der Rechtsanwältin Anne Klein besetzt – Wunschkandidatin der Lesbenzene und der AL-Feministinnen. „Eine Frauenliebhaberin leitet an höchster Stelle die Geschicke der Frauen in dieser Stadt“, vermerkte die *taz*. „Ach je, die sollen sich doch denken, was sie wollen“, kommentierte die Politikerin.

Der feministische Anstrich des Hauses Klein, in dem Schaltstellen und Stäbe fast ausschließlich mit Frauen besetzt sind, irritiert gelegentlich die Verwaltung. Einige Männer ließen sich schon versetzen – „vorzugsweise zum Landesrechnungshof, der hier noch als männliche Domäne gilt“, meldete eine Klein-Mitstreiterin vergnügt. Einer Festrede, die Anne Klein für ihren Auftritt vor einem Pariser Frauenforum letzte Woche entwarf, gab sie das Motto: „200 Jahre Brüderlichkeit sind genug.“

Von Anfang an war die Senatorin den Konservativen der Stadt „ein Dorn im Auge“ (*Süddeutsche Zeitung*). Anlaß zu abfälligen Kommentaren lieferte Klein, eine von acht Senatorinnen im Momper-Senat, allerdings selber.

So hätte sie, entdeckten Opposition und Boulevardpresse nach ihrem Amtsantritt, vor zwei Jahren am Ketten-

brief-Spektakel „Pilotenspiel“ teilgenommen und gemeinsam mit einer Bekannten 21 000 Mark gewonnen. Und seit Ende August ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Anwältin wegen Verdachts des „Parteiverrats“. Sie soll in einem Fall von Unterhaltszwist und Scheidung nacheinander beide streitenden Partner vertreten haben.

Hinter den ausgewalzten Klein-Geschichten sehen die Frauenbewegten der Stadt, wohl nicht zu Unrecht, eine Kampagne gegen die provokanteste Figur in Mompers Feminat. Eine Solidaritätsanzeige, unterzeichnet von rund 160 zumeist weiblichen Intellektuellen aus Politik und Bildung, bescheinigte den Klein-Gegnern „heruntergekommene politische und journalistische Kultur“.

Das neueste Reizthema aus dem Hause Klein, das Schwulen- und Lesbenreferat, geht nach Bekunden der Chefin vielen Politikern „halt an die Tabu-Grenze“. Doch selbst bei der CDU gab es kaum Widerstand. Klein: „Niemand wagte sich anscheinend so richtig hinter die Grenzen der selbstverkündeten Liberalität zurück.“

Überzeugen muß sie dagegen noch viele ihrer Schutzbefohlenen. Die Gay-Szene, sagt die AL-Frau, habe teils „noch nicht das richtige Selbstverständnis als Verwaltungsobjekt“ und fürchte, nun solle „die subversive Lebensweise von Lesben und Schwulen staatlich erfaßt, kontrolliert und registriert“ werden.

Andere wie Parlamentarier Eckert, die einen „Senatsbeauftragten“ mit mehr Kompetenzen gefordert hatten, argwöhnen nun, das Referat werde sich mit der Funktion eines „Sorgentelefon“ begnügen. AL-Abgeordneter Telge: „Wir haben eine Kuh bestellt und leider nur ein Schwein gekriegt.“



Christopher Street Day in Berlin: „Eine Kuh bestellt“